

Antragsteller:innen:
Kreisverband Saalekreis

Änderungsantrag Nr. 22

Ab Zeile 2487

Einen neuen Abschnitt wie folgt einfügen:

Kein Mensch bleibt zurück - Für ein barrierefreies Sachsen-Anhalt

Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität haben dasselbe Recht auf Teilhabe wie alle anderen. Doch die Realität in Sachsen-Anhalt sieht oft anders aus: Bushaltestellen ohne abgesenkte Bordsteine, Behörden ohne Aufzug, Wahllokale ohne Induktionsschleifen, Arztpraxen ohne rollstuhlgerechten Eingang und Bahnhöfe mit unzureichenden taktilen und visuellen Leitsystemen. Die Linke steht für eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Wir fordern:

- Barrierefreiheit als verbindliches Recht, nicht als Kann-Regelung¹
- Öffentlicher Nahverkehr für alle, das bedeutet ein verbindliches Ausbauprogramm für alle Haltestellen des ÖPNV mit taktilen Leitsystemen, Blindenschrift an Fahrplanaushängen, akustischen Ansagen und stufenlosem Einstieg²
- Wohnen muss sicher und selbstbestimmt sein und dementsprechend barrierefrei
- Digitale Barrierefreiheit³
- Gleichberechtigte Chancen bei Bildung und Arbeit⁴
- Betroffene sollen mitbestimmen⁵

Barrierefreiheit ist kein Luxus und keine Gefälligkeit. Sie ist eine Frage der Menschenwürde und des Grundgesetzes. Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Wir nehmen den Verfassungsauftrag ernst.
Kein Mensch bleibt zurück.

*1 Das geltende Behindertengleichstellungsgesetz Sachsen-Anhalt (BGG LSA) enthält zu viele Öffnungsklauseln und Absichtserklärungen. Dieses muss überarbeitet werden, sodass

Barrierefreiheit als einklagbares Individualrecht verankert wird. Wer an einem nicht barrierefreien Gebäude der öffentlichen Verwaltung scheitert, muss das Recht haben, diesen Mangel unmittelbar geltend zu machen (Aufnahme der Regelung ins BGG LSA: „Träger öffentlicher Gewalt sind verpflichtet, ihre Angebote, Einrichtungen und Kommunikationsmittel bis zum 31. Dezember 2030 vollständig barrierefrei zu gestalten. Betroffene Personen haben einen individuellen Anspruch auf Herstellung der Barrierefreiheit sowie auf Schadensersatz bei nachweisbarer Benachteiligung. Die Beweislast liegt beim Träger öffentlicher Gewalt.“)

*2 Personenbeförderungsgesetz auf Landesebene sollte konkretisiert werden, so das Konzessionsvergaben an Verkehrsunternehmen zwingend an die Einhaltung vollständiger

Barrierefreiheit geknüpft werden.

*3 Alle digitalen Angebote (von KFZ-Zulassung bis zum Bildungsportal) der WCAG 2.1 auf

Konformitätsstufe AA entsprechen müssen. Die Einhaltung ist regelmäßig durch eine unabhängige Stelle zu prüfen. Behörden, die diese Standards nicht erfüllen, müssen einen verbindlichen Nachbesserungsplan vorlegen.

*4 Schulgebäude müssen barrierefreie Lernorte sein und Lehrkräfte erhalten eine verpflichtende Ausbildung in inklusiver Pädagogik. Auf dem Arbeitsmarkt soll die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber, die die Beschäftigungspflicht für Menschen mit Schwerbehinderung nicht erfüllen, auf Landesebene durch verstärkte Kontrolle und konsequente Ahndung zur tatsächlichen Wirksamkeit gebracht werden.

*5 Partizipation. Gesetze für Menschen mit Behinderungen dürfen nicht ohne sie gemacht werden. Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines Landesbeirats für Inklusion und Barrierefreiheit mit echten Mitbestimmungsrechten. Dieser Beirat soll aus Vertreter:innen der Selbsthilfeverbände bestehen, ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge erhalten und bei allen relevanten Vorhaben der Landesregierung zwingend beteiligt sein, mit der Pflicht der Regierung, Abweichungen vom Votum des Beirats öffentlich zu begründen.

Begründung:

Das ganze Thema Barrierefreiheit wird in allen anderen Themen immer wieder am Rand erwähnt. Als Linke setzen wir uns für alle Menschen ein und insbesondere für diejenigen, die sich in gesellschaftlich besonders schwierigen Situationen befinden und keine eigene Lobby haben. Menschen mit Behinderungen sind eine viel zu wichtige Gruppe, um sie nur am Rand zu erwähnen. Es bedarf einer besonderen Erwähnung, um ihr gerecht zu werden.